

Ausgrenzung jüdischer Schüler aus der Volksschule

Im Lauf des Jahres 1936 versuchten die Kissinger Behörden und Parteistellen, ihre Ausgrenzungspolitik gegen jüdische Einwohner auch auf die Volksschule auszudehnen. Jüdische Schüler sollten an den öffentlichen Volksschulen der Stadt und des Bezirks Bad Kissingen aus ihren Klassenverbänden herausgenommen und in einer jüdischen Volksschulklasse in Bad Kissingen von einem jüdischen Lehrer unterrichtet werden.

Die Grundlage für diese geplante Ausgrenzungsmaßnahme lieferte eine ministerielle EntschlieÙung vom 1. April 1936, die die Bildung eigener Klassen für jüdische Schulkinder an den allgemeinen öffentlichen Volksschulen erlaubte, sofern in dem betreffenden Schulbezirk eine hinreichende Zahl von jüdischen Schülern (die EntschlieÙung spricht von etwa zwanzig jüdischen Kindern) vorhanden sei.

Die Würzburger Kreisregierung machte am 8. April 1936 die Bezirks- und Stadtschulbehörde in Bad Kissingen auf die durch die ministerielle EntschlieÙung gegebene Möglichkeit zur Ausgrenzung jüdischer Volksschüler aufmerksam.¹ Der Kissinger Bezirksschulrat Andreas Nikola griff die Anregung der Würzburger Kreisregierung auf. Am 20. April 1936 sprach er sich gegenüber Oberbürgermeister Dr. Pollwein für die Bildung einer eigenen jüdischen Volksschulklasse aus, die er für „sehr erwünscht“ halte. Im letzten Schuljahr seien - so Nikola - sieben jüdische Kinder in die Kissinger Volksschule gegangen. Für das neue Schuljahr müssten erst entsprechende Erhebungen durchgeführt werden. Ein Lehrer für die zu bildende jüdische Schulklasse sei jedenfalls schon vorhanden.²

Über das Ergebnis der Erhebungen, von denen die Genehmigung einer eigenen jüdischen Volksschulklasse in Bad Kissingen abhing, berichtete Oberbürgermeister Dr. Pollwein am 7. Mai 1936 der Kreisregierung. In Bad Kissingen und Steinach gebe es je sechs jüdische Schüler, in Maßbach zwei, vier in Poppenlauer und zwei in Garitz. Zu diesen zwanzig Schülern käme noch ein jüdischer Privatschüler aus Bad Kissingen hinzu. An sich - so Pollwein weiter - wäre es damit möglich, eine eigene Klasse zu bilden, aber „die einzelnen Orte seien zu entlegen, so daß eine eigene Schulklasse für die isr. Kinder zunächst

¹ SBK, C 72 Sonderung der jüdischen Kinder in der Volksschule zu Bad Kissingen

² Ebd.

nicht vorgeschlagen werden“ könne. Die Kultusgemeinde verfüge aber über ein eigenes Gemeindehaus mit Lehrerwohnung. Dort wäre der Unterricht für die jüdischen Schüler möglich. Der Besuch jüdischer Kinder „aus den entlegenen Landgemeinden im hies. städt. Schulgebäude“ käme jedoch nicht in Frage.³



Übergabe eines neuen Mannschafts- und Gerätewagens an die Freiwillige Feuerwehr Bad Kissingen vor der Volksschule (rechts), 1924 © Stadtarchiv Bad Kissingen. Fotosammlung

Die Verhandlungen über die Ausgrenzung der jüdischen Volksschüler zogen sich die ganzen Sommermonate über hin. Am 10. September 1936 beschäftigte sich dann der Verwaltungsrat der israelitischen Kultusgemeinde unter dem Vorsitz von Nathan Bretzfelder mit der Errichtung einer israelitischen Schulklasse. Nathan Bretzfelder informierte den Verwaltungsrat, der sich aus den sieben Mitgliedern der Kissinger Kultusverwaltung und fünf Vertretern

³ Ebd.

der auswärtigen Gemeinden zusammensetzte, über das geplante Vorhaben der Kissinger Behörden. Von Nathan Bretzfelder befragt, stimmten die fünf auswärtigen Vertreter der Errichtung einer jüdischen Schulklasse in Bad Kissingen an sich zu, erhoben aber im Blick auf die entlegenen Gemeinden Oberthulba und Steinach Bedenken wegen der Transportverhältnisse und der damit verbundenen Kosten. Die Vertretung der Gemeinde Steinach erklärte aber schließlich ihre Bereitschaft, „eine Bezirksschule in Bad Kissingen zu beschicken, wenn eine einigermaßen geeignete Verkehrsverbindung“ bestünde. In gleicher Weise votierten die Gemeindevertreter von Maßbach, Poppenlauer und Oberthulba. Die Gemeinden von Kissingen, Hammelburg und Westheim sprachen sich hingegen bedingungslos für die Einrichtung einer Bezirksschule aus. ⁴

Eine neue Initiative startete Oberbürgermeister Dr. Pollwein am 14. November 1936, nachdem es - wohl auf Grund der Transportprobleme - immer noch nicht zur Bildung einer eigenen jüdischen Volksschulklasse gekommen war. Pollwein fragte bei der Kissinger Kreisleitung an, ob nicht den jüdischen Schulkindern aus Kissingen, Garitz, Hammelburg, Maßbach und Poppenlauer gastweise der Besuch einer in Schweinfurt bereits gebildeten jüdischen Klasse gestattet werden könnte. ⁵

Kreisleiter Schneider signalisierte Dr. Pollwein am 20. November grünes Licht für seinen Vorschlag. Die Stadtverwaltung von Bad Kissingen solle seiner Meinung nach „alle Mittel unternehmen [...], um möglichst rasch zu erreichen, daß die Juden Kinder aus den deutschen Volksschulen in Bad Kissingen ausscheiden“. Diese Angelegenheit sei sogar vordringlich zu behandeln. Die Wege dazu überlasse die Kreisleitung dem Gutdünken der Stadtverwaltung. Hauptsache - so Kreisleiter Schneider - sei, „daß die Juden Kinder bald aus der Volksschule verschwinden“. ⁶

Vier Tage später gab Dr. Pollwein der Kissinger Kultusverwaltung - unter Rückgriff auf die von Schneider am Ende seines Briefes gebrauchte Formulierung - zu verstehen, dass „unter allen Umständen darauf gedrungen werden“ solle, „daß die hiesigen Juden Kinder so rasch als möglich aus der hiesigen

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

Volksschule ausscheiden“. Für den Fall, dass sich ein Besuch der jüdischen Schulklasse in Schweinfurt nicht verwirklichen lasse, seien die „hiesigen Kinder - die Kinder von auswärts interessieren hier nicht weiter - im jüdischen Gemeindehaus durch Lehrer Steinberger“ zu unterrichten. Das sei die einfachste Lösung. Die Kultusverwaltung solle zu dieser Frage Stellung nehmen und ihm ihre Antwort baldigst zuleiten.⁷ Ebenfalls am 24. November erkundigte sich Dr. Pollwein bei der Stadtschulbehörde in Schweinfurt, unter welchen Bedingungen jüdischen Schülern aus Bad Kissingen und Umgebung der gastweise Besuch der dortigen jüdischen Sonderklasse möglich wäre.⁸ Am 27. November 1936 erteilten der Oberbürgermeister und die Stadtschulbehörde von Schweinfurt Dr. Pollwein eine Absage auf seine Anfrage. Zum einen - so das Schreiben - dürfte es „unüberwindliche Schwierigkeiten“ bereiten, die Schüler rechtzeitig zur Schule nach Schweinfurt zu bringen. Außerdem sei der „gegenwärtig zur Verfügung stehende Raum [...] gerade so groß, daß die 14 Kinder“ aus Schweinfurt darin Platz finden könnten. Und schließlich würden der Stadt Schweinfurt „eine Reihe von Lasten entstehen, die bei der gegenwärtigen Lösung für dieselbe überhaupt nicht vorhanden“ seien.⁹

Nachdem sich so die Schweinfurter Pläne des Kissinger Oberbürgermeisters zerschlagen hatten, hätte es der Ankündigung Dr. Pollweins entsprechend nun zur Bildung einer eigenen jüdischen Schulklasse in Bad Kissingen kommen müssen. Dem stand aber entgegen, dass sich der für die Erteilung des Unterrichts vorgesehene jüdische Lehrer Ludwig Steinberger zur Auswanderung entschlossen hatte und Ende 1936 nur noch vier jüdische Schüler die Kissinger Volksschule besuchten. Von denen wollte einer - wohl zusammen mit seinen Eltern - auswandern und zwei am Ende des Schuljahres sowieso abgehen.¹⁰ So teilte am 14. Dezember 1936 die Würzburger Kreisregierung der Kissinger Stadtschulbehörde mit, dass die „für die Errichtung einer jüdischen Schulklasse erforderlichen Voraussetzungen [...] im Schulbezirk der Stadt Bad Kissingen nicht gegeben“ seien.¹¹ Die geplante Volksschulklasse für jüdische Schüler kam somit nicht mehr zustande.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.